

Reutlinger General-Anzeiger

Samstag, 11. Mai 2013

REUTLINGEN

11.05.2013 - 08:00 Uhr

BILDUNG - Elternbeiräte und Lehrer schlagen Alarm und geißeln Kontingent-Kürzungen der grün-roten Landesregierung

Sparpläne provozieren Protestwelle

VON HEIKE KRÜGER

REUTLINGEN. Hinter den Kulissen sorgt sie schon seit geraumer Zeit für Unruhe: die dräuende »Kürzung des allgemeinen Entlastungskontingents«. Eine Wortschöpfung beamtendeutschen Ursprungs, die sich für Laienohren ziemlich kryptisch, für die von Lehrern und Elternbeiräten hingegen nachgerade alarmierend anhört.



»Hausis« können mitunter migränierend sein. Die grün-roten Sparpläne dürften solcherlei Kopfschmerzen ab 1. August noch verschlimmern. Sie nämlich – kritisieren Eltern – zielen darauf, die qualifizierte Hausaufgabenbetreuung an den Gymnasien zu streichen. FOTO: dpa

Verbirgt sich dahinter doch eine Sparmaßnahme reinsten Wassers, die – sollte sie in die Tat umgesetzt werden – weitreichende Konsequenzen für die baden-württembergische Bildungslandschaft haben dürfte.

Geht es nach aktuellen Plänen der Landesregierung, sollen nämlich an allen Schulen zwischen Tauber und Bodensee ab 1. August dieses Jahres vierzehn Prozent jener Stunden gestrichen werden, die den Kollegien für sogenannte Sonderaufgaben zur Verfügung stehen. Für die Hausaufgabenbetreuung zum Beispiel, aber auch für Studienfahrten, Gewalt- und

Suchtpräventionsprojekte oder für Wartungsarbeiten. Wobei sich Letztere vor allem an beruflichen Schulen als sehr aufwendig erweisen – weil hier spezialisierte Lehrwerkstätten, Laboratorien und Küchen nebst Werkzeug tipp-topp in Schuss gehalten werden wollen.

»Wir empfinden dieses Vorhaben geradezu als arglistig«

Strenge sicherheitstechnische Auflagen gilt es etwa an Kerschensteiner-, Laura-Schradin- und Ferdinand-von-Steinbeis-Schule zu erfüllen. Doch auch für die kaufmännisch-wirtschaftlich ausgerichtete Theodor-Heuss-Schule käme die geplante »Kürzung des allgemeinen Entlastungskontingents« einem Schlag ins Kontor gleich: weil an dieser beruflichen Bildungsstätte über vierhundert Computer ihren Tribut fordern.

Um besagte Rechner – Software-Aktualisierungen inbegriffen – zuverlässig am Laufen zu halten, muss regelmäßig Hand an sie gelegt werden. Und zwar Lehrerhand. Zumal sich in Baden-Württemberg traditionell Pädagogen solcher Zusatzaufgaben jenseits ihres Lehrauftrags annehmen.

Vor und nach dem Unterricht tun sie das. Meist auch während der Freizeit. Zumal das für derlei Sondertätigkeiten vorgesehene Stundenkontingent bei Weitem nicht ausreicht, um den tatsächlichen Zeitaufwand abzudecken. Heißt: Schon heute verrichten Land auf, Land ab zahlreiche Lehrer unbezahlte Arbeit zum Besten ihrer Schüler – und um die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Standards einzuhalten.

Was aber, wenn der Pegel des Sonderstundenpools nun deutlich abgesenkt wird? Dann, sagen die Rektoren von Ferdinand-von-Steinbeis-, Kerschensteiner- und Theodor-Heuss-Schule – namentlich sind dies Rolf König, Hans-Joachim Stark und Horst Kern – unisono, »sieht es trübe aus«. Wen, fragen sie, kann man unter solchen Bedingungen weiterhin für wichtige Aufgaben neben dem Hauptberuf motivieren oder gar gewinnen?

Die Antwort darauf ist so klar wie das Amen in der Kirche. Und ebenso klar ist, dass den Bildungseinrichtungen, sollte der Rotstift am Entlastungskontingent angesetzt werden, »nichts anderes übrig bleiben wird, als die Kröte zu schlucken«, so König. »Dann sind wir allerdings in Not.«

Denn zu Sonderaufgaben verdonnern können die Rektorate schließlich niemanden. Und das wollen und werden sie im Übrigen auch nicht. Womit den Schulleitungen im Falle des Kürzungsfalls nurmehr übrig bleibt, ihrerseits den Rotstift zu zücken, »den Betrieb«, so Hans-Joachim Stark, »runterzufahren« und Qualitätseinbußen bei der Ausbildung in Kauf zu nehmen.

Leidtragende sind also am Ende die Schüler. Vorausgesetzt Grün-Rot macht Ernst. Und vorausgesetzt es greift kein Plan B, wonach die Landesregierung externes, nicht lehrendes Fachpersonal einsetzt, das die Pädagogen von Sonderaufgaben befreit. Eben dieses wird in manch' anderem Bundesland praktiziert, worauf in einem Brief an Kultusminister Andreas Stoch hingewiesen wird, den die Arbeitsgemeinschaft der Direktorenvereinigungen an Beruflichen Schulen Baden-Württemberg (ADV) am 17. April nach Stuttgart geschickt hat. Wenig später ging hier auch eine Resolution der »Arge« (Arbeitsgemeinschaft gymnasialer Elternvertreter Tübingen) ein, die unmissverständliche Worte für die Pläne der Landesregierung findet und nicht mit Vorwürfen hinterm Berg hält.

In dem Schreiben ist die Rede von einer »trickreichen Umgehung unserer Gremien«, von »Verschlechterungen der schulischen Rahmenbedingungen« und davon, dass »wir dieses Vorhaben geradezu als arglistig (...) empfinden«, als »politischen Fehler«. Eine Einschätzung, die von den gymnasialen Vertretungen in Reutlingen, Pfullingen und Metzingen eins zu eins geteilt wird. Oder mit Rainer Kazmaier, Elternbeiratsvorsitzender des Albert-Einstein-Gymnasiums gesprochen: Wir haben die Pläne mit Entsetzen, Unverständnis und Verärgerung aufgenommen.« Und das umso mehr, als sie »am Landeselternbeirat vorbei«, gewissermaßen hinterrücks, geschmiedet wurden.

»Das, was da mit allgemeinen Sparzwängen begründet wird, trifft die Schwächsten«

Nur ein Formfehler oder kühles Kalkül? Darüber ließe sich trefflich spekulieren. Wohingegen die Auswirkungen der drohenden Sparmaßnahme überhaupt nicht spekulativ sind. Kazmaier skizziert sie wie folgt: »Das geht auf Kosten der Hausaufgabenbetreuung, die vollständig gestrichen werden soll, auf Kosten der Qualifizierung von Mentoren und zulasten schulischer Arbeitsgemeinschaften.« Und damit hätten, in diesem Punkt herrscht an sämtlichen Gymnasien der Region Einigkeit, ausgerechnet jene Kinder und Jugendlichen das Nachsehen, die – qua Herkunft – besonderer Förderung bedürfen. »Das, was da von der Politik mit ›allgemeinen Sparzwängen‹ begründet wird, trifft im Endeffekt und wie so oft die Schwächsten« und ist aus Sicht von Lehrer- und Elternschaft »absolut nicht hinnehmbar«.

Noch stehen Antworten auf die Protestschreiben aus, hat sich das Kultusministerium nicht geäußert. Was den Widerstand indes vergrößert. Jetzt wollen die Elternvertretungen schriftlich – und wenn möglich auch im persönlichen Gespräch – an die Fraktionen des baden-württembergischen Landtags herantreten und sie auffordern, »dem Qualitätsabbau der Landesregierung nicht zuzustimmen«. (GEA)